



Vorlage V/1013/2017 -
Prüfung der Einführung einer
Wettbürosteuer in der Stadt Münster
Änderungsantrag

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314
Fax (0251) 511 750
www.spd-muenster.de

17.01.2018

Der ASSGVaf möge beschließen:

I. Sachentscheidung:

Ändere wie folgt:

- ~~1. Eine Wettbürosteuer wird im Stadtgebiet Münster zurzeit nicht eingeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, unter den Bedingungen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 29.06.2017 sowie der Mustersatzung zur Wettbürosteuer des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen vom 08.12.2017 eine Wettbürosteuer in Münster einzuführen. Der Ermittlungsaufwand und die Aufwands- und Nutzenrelation dürfen nicht nur in finanzieller Hinsicht beurteilt werden, sondern müssen auch das Ziel der Suchtprävention beachten.~~
- ~~2. Der Antrag der SPD-Fraktion an den Rat (Nr. A-R/0029/2016) und die Anregung nach §24 GO NRW (Nr. 2016-00085) sind damit erledigt.~~

Begründung:

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung (ASSGVaf) hat in seiner Sitzung am 18.01.2017 einstimmig beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, die Einführung einer Wettbürosteuer zu prüfen und dem Haupt- und Finanzausschuss bzw. dem Rat hierzu im Laufe des Jahres einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. Er hat in seinem Beschluss auch festgestellt, dass es sich zur teilweisen finanziellen Deckung der im Zusammenhang mit der Suchtprävention entstehenden Kosten anbieten könne, eine Wettbürosteuer zu erheben. Nun wird von einer Einführung abgeraten, da man aufgrund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts für eine neue Bemessungsgrundlage den (erneuten) Ermittlungsaufwand scheut. Dieser Argumentation können wir nicht folgen. Eine Wettbürosteuer soll als Prohibitivsteuer, präventive Maßnahmen für betroffene und gefährdete Menschen unterstützen. Insbesondere die vorliegende Mustersatzung gibt die Rahmenbedingungen vor, seitens der Kommune diesen Bereich zu kontrollieren und die Mittel für oben genannte Zwecke bereitzustellen.

gez. Maria Winkel, Thomas Kollmann, Doris Feldmann, Elke Haves, Maik Tafelski & Fraktion

